

31. Mai 2023

Fachschaftenkonferenz der Goethe Universität  
Legislatur Sommersemester 2023

Adressaten: Hessisches Kultusministerium, Landes-ASten-Konferenz Hessen, Senat  
der Goethe-Universität, AStA der Goethe-Universität

## Resolution: Zivilklausel an der Uni stärken!

Die Fachschaftenkonferenz der Goethe-Universität fordert die oben genannten Adressaten zur Umsetzung folgender Punkte auf:

- keine militärische Forschung, weder an unserer Uni noch an anderen!
- mehr Transparenz in der Forschungsfinanzierung!
- eine landesweite Zivilklausel im Hochschulgesetz für Hessen – wie auch in Thüringen und Bremen!
- die Zivilklausel stärken und den Studierenden näher bringen!

Die Begründung lautet wie folgt:

Im März 2013 hatte neben dem Senat und Hochschulrat auch das Präsidium der Aufnahme einer Zivilklausel in die Präambel der Grundordnung der Goethe Universität zugestimmt.<sup>1</sup> Die Aufnahme einer Zivilklausel stellte einen Meilenstein in der Geschichte der Uni dar und fügte sie in die Reihe der über 70 anderen Hochschulen die eine ähnliche Regelung in ihren Satzungen verankert haben.<sup>2</sup>

Die damalige Vizepräsidentin Tanja Brühl begrüßte den Vorstoß mit den Worten: „Ich freue mich, dass das universitäre Bekenntnis zur Friedfertigkeit in der Goethe-Universität einen so großen Widerhall findet. Damit werden wir unserer besonderen Verantwortung als eine der führenden deutschen Forschungsuniversitäten gerecht.“<sup>1</sup>

Eine Zivilklausel ist eine Selbstverpflichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen wie Universitäten, ausschließlich für zivile und friedliche Zwecke zu forschen.<sup>3</sup> Zivilklauseln an Hochschulen sind seit 1986 mit der Aufnahme der ersten ihrer Art an der Uni Bremen friedliche Dornen im Auge der Rüstungsindustrie sowie der Bundeswehr in Deutschland. Trotz dieser positiven Entwicklungen wird immer noch an ca. 50 deutschen Hochschulen Forschungsarbeit durch militärische Auftraggeber finanziert.

Dies ist auch kein Wunder, da die allermeisten Hochschulen auf Drittmittelgeber angewiesen sind. 2019 bildeten Drittmittel über ein Viertel der Einnahmen der öffentlichen Hochschulen in Deutschland. Drittmittel gehen anders als Grundmittel hauptsächlich in die Forschungsförderung,<sup>4</sup> was maßgeblich die Richtung der betriebenen Forschung beeinflusst. Verteidigungsministerium und andere bellizistische Instanzen sind lukrative

Geldgeber: die Bundesregierung gab 2019 an, deutsche Hochschulen hätten schätzungsweise über 50 Mio. Euro vom Verteidigungsministerium erhalten.<sup>5</sup>

Und nicht immer sind diese Verwicklungen öffentlich bekannt: 2013 wurde aufgedeckt, dass eine zunächst harmlos erscheinende Studie an der Uni Marburg der Weiterentwicklung von Drohnen und zielgenauer Muniton dienen sollte. Auftraggeber: das amerikanische Verteidigungsministerium.<sup>6</sup> Ebenso fördert das Pentagon andere deutsche Hochschulen: die LMU bekam seit 2008 fast 3,7 Mio. Euro an Fördermittel. Mit diesen Geldern sollten u.a. Chemikalien erforscht werden, die den militärisch genutzten Sprengstoff RDX ersetzen könnten.<sup>7</sup> Die RWTH Aachen empfing über 1,2 Mio. Euro an amerikanischen Geldern. Die RWTH verfügt über eine Zivilklausel in ihrer Grundordnung.

Das Ironische an diesen Tatsachen: das Geld gäbe es auch über andere Wege wenn die Politik es so wollte. Ganze 100 Mrd. Euro wurden über allein über ein „Sondervermögen“ dem Militär bereit gestellt,<sup>8</sup> in einer Zeit von globalen Krisen und Herausforderungen die militärisch gar nicht zu lösen sind (beispielsweise macht das Militär weltweit bis zu 5% der globalen Emissionen aus<sup>9</sup>). Dieses Geld fließt zwar wieder zum Teil in Forschung, aber über den langen Umweg der Bundeswehr und ihren bellizistischen Interessen. Warum nicht direkt 100 Milliarden in Bildung, Gesundheit und Soziales setzen?

Häufig wird das Argument der „Dual-Use“-Problematik zu Tage gebracht: zivile Forschung könnte immer auch für militärische Zwecke verwendet werden. Das ist richtig. Darum ist es umso wichtiger die Umsetzung der Klausel konsequent zu kontrollieren. Es benötigt das Engagement von Forschenden aber auch Studierenden um dafür zu sorgen, dass wissenschaftliche Arbeit auch in erst mal unkritisch erscheinenden Zusammenhängen stets dem Frieden verpflichtet ist. Ein grundsätzlicher Akt, der diese Arbeit leichter machen würde, ist die Aufnahme von Zivilklauseln in die Hochschulgesetze der Länder. Thüringen und Bremen sind diesen Schritt schon gegangen, der Rest der Bundesrepublik hinkt noch hinterher.

Hochschulen bekommen natürlich Geld vorrangig zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben. Landesweite Zivilklauseln würden somit auch die Finanzierung ziviler Forschung erleichtern. Zudem würde eine gesetzliche Rückendeckung auch friedfertige Wissenschaftler\*innen dazu ermutigen ihr Anliegen ernster zu nehmen und selbstbewusster zu vertreten.

Mit dem laufenden Krieg in der Ukraine versuchen verschiedene Instanzen verstärkt an den Grundsätzen einer friedlichen Wissenschaft zu rütteln. Im Juni 2022 veröffentlichte die industrienaher Deutsche Akademie der Technikwissenschaften ein Papier in dem die Streichung der Zivilklauseln aus den Hochschulgesetzen sowie den Satzungen der Universitäten bundesweit gefordert wurde.<sup>10</sup> Die Expertenkommission Forschung und Innovation, welche die Bundesregierung berät, hat in ihrem aktuellsten Jahresgutachten eine „Überprüfung“ der Zivilklauseln an den Universitäten empfohlen.<sup>11</sup>

Es ist in diesen Krisenzeiten umso wichtiger, dass ein fester Widerstand gegenüber diesen Kräften aus der Wissenschaft hervorgeht. Forschung soll der Weiterentwicklung der Menschheit dienen und nicht ihrer Zerstörung. Die konstruktive Lösung globaler

Probleme wie Ernährungs- und Energieversorgung müssen stets ihrer Verschlimmerung durch neue Waffen- und Kriegstechnologien vorgezogen werden! So etwa die Präsidentin der TU Berlin, Prof. Geraldine Rauch:

*Die Rolle von Hochschulen ist es nicht, militärische und politische Konflikte auszutragen, sondern Forschung und Lehre im Sinne einer stabileren, sozialeren und nachhaltigeren Welt zu betreiben – das bringt uns allen echte Sicherheit. Pazifismus ist kein ideologischer Irrglaube.<sup>12</sup>*

Leider wissen noch zu wenige Studierende, insbesondere in den Naturwissenschaften, überhaupt um die Existenz einer Zivilklausel an unserer Uni. Um ihrer „besonderen Verantwortung“ im gesellschaftlichen Prozess gerecht zu werden muss die Goethe Universität umfassende Aufklärungsarbeit in dieser Hinsicht leisten.

- 
- <sup>1</sup> Pressemitteilung „Zivilklausel für die Goethe-Universität“ [https://www.puk.uni-frankfurt.de/75024388/Zivilklausel\\_f%C3%BCr\\_die\\_Goethe\\_Universit%C3%A4t](https://www.puk.uni-frankfurt.de/75024388/Zivilklausel_f%C3%BCr_die_Goethe_Universit%C3%A4t) (abgerufen am 21.04.2023)
- <sup>2</sup> „Bestehende Zivilklauseln sortiert nach dem Datum ihres Bestehens“ <http://zivilklausel.de/index.php/bestehende-zivilklauseln> (abgerufen am 23.04.2023)
- <sup>3</sup> Initiative Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel, „Fragen und Antworten“ <http://zivilklausel.de/index.php/fragen-und-antworten> (abgerufen am 21.04.2023)
- <sup>4</sup> Deutsche Forschungsgemeinschaft, „Förderatlas 2021 - Kennzahlen zur öffentlich finanzierten Forschung in Deutschland“, Bonn 2021
- <sup>5</sup> „Umstrittene Rüstungsforschung“ <https://www.deutschlandfunk.de/hochschulen-umstrittene-ruistungsforschung-100.html> (abgerufen am 21.04.2023)
- <sup>6</sup> „Ein ganz normaler Auftraggeber“ <https://taz.de/Ruestungsforschung-an-der-Uni/!5023195/> (abgerufen am 21.04.2023)
- <sup>7</sup> „Millionen vom Pentagon für deutsche Unis“ <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/us-militaerforschung-an-deutschen-unis-21-millionen-dollar-in-zehn-jahren-a-1273282.html> (abgerufen am 21.04.2023)
- <sup>8</sup> „Sondervermögen Bundeswehr markiert historischen Aufbruch“ <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/sondervermoegen-bundeswehr-markiert-historischen-aufbruch-5542400>
- <sup>9</sup> „Wie Krieg den Klimawandel anheizt“ <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2022-11/emissionen-militaer-krieg-klimawandel-un-klimakonferenz>
- <sup>10</sup> Johann-Dietrich Wörner, Christoph M. Schmidt (Hrsg.) „Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit“, acatech IMPULS, München 2022

<sup>11</sup> „Synergien zwischen militärischer und ziviler Forschung schaffen“ <https://idw-online.de/de/news809308> (abgerufen am 21.04.2023)

<sup>12</sup> „Sollten deutsche Hochschulen zu militärischen Zwecken forschen dürfen?“ <https://www.forschung-und-lehre.de/forschung/sollten-deutsche-hochschulen-auch-zu-militaerischen-zwecken-forschen-duerfen-5093> (abgerufen am 21.04.2023)